

Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister

Protokoll

Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit

Sitzung: Donnerstag, 25.11.2021

Ort: Stadthalle Braunschweig, Congress Saal, St. Leonhard 14, 38102 Braunschweig

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 17:50 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Frau Annegret Ihbe - SPD

Mitglieder

Frau Gisela Ohnesorge - Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt
und Die PARTEI

Herr Felix Bach - B90/GRÜNE

Herr Nils Bader - SPD

Frau Lisa-Marie Jalyschko - B90/GRÜNE

Frau Christiane Jaschinski-Gaus - SPD

Frau Leonore Köhler - B90/GRÜNE

Herr Oliver Schatta - CDU

Herr Gerrit Stühmeier - CDU

Herr Thorsten Wendt - CDU

Herr Michel Winckler - SPD

Herr Sven-Markus Knurr - Direkte Demokraten

Vertretung für: Frau Andrea Hillner

Herr Dr. Bernhard Piest - BIBS

Frau Anneke vom Hofe - AfD

Frau Ann-Kristin Hartz

Herr Bernd Kopitzke-Roß

Frau Heike Otto

Frau Melanie Sapendowski

Frau Christine Wolnik

Herr Olaf Gedrowitz - Vertreter Vorstand Behindertenbeirat

Herr Christian Blümel - Sprecher AGW Vertreter

Vertretung für Herrn Matthias Konrad

Frau Ariane Stanko - Vorsitzende Seniorenrat

Verwaltung

Frau Dr. Christine Arbogast - Dezernentin V
Herr Martin Klockgether - FBL 50
Frau Natalie Biermann - FB 50
Herr Michael Künzler - FB 50
Herr Thomas Meyer - FB 50
Frau Marion Lenz - Gleichstellungsbeauftragte
Herr Rainer Schubert - RefL 0500

Gäste

Frau Ines Fricke – Polizeiinspektion Braunschweig

Protokollführung

Frau Linda Meyer - FB 50

Abwesend

Mitglieder

Frau Andrea Hillner - Direkte Demokraten	abwesend
Herr Carsten Lehmann - FDP	entschuldigt
Herr Michael Baumgart	entschuldigt
Herr Matthias Konrad - Sprecher AGW Vertreter	entschuldigt
Frau Kühn - FB 50	entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Kenntnisnahme des Protokolls der Sitzung vom 24.09.2021
- 3 Aktueller Sachstand zur Corona-Pandemie
- 4 Mitteilungen
 - 4.1 mündliche Mitteilungen
 - 4.1.1 Runder Tisch Häusliche Gewalt: Präventionsprojekt Rosenstraße 76
 - 4.1.2 Bericht Altenhilfe und Pflegeplanung
 - 4.2 Gemeindepsychiatrisches Zentrum in Braunschweig 21-17271
 - 4.3 Sachstandsbericht Umsetzung des Ratsbeschlusses Bedarfsplan Nachbarschaftszentren 21-17292
- 5 Anträge
- 6 Anfragen

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest.

Herr Wendt weist darauf hin, dass er den Tagesordnungspunkt "Flüchtlingsangelegenheiten" auf der Tagesordnung vermisste, da es weiterhin Schnittmengen mit dem Ausschuss für Soziales und Gesundheit gebe.

Frau Dr. Arbogast teilt mit, dass die Flüchtlingsangelegenheiten zukünftig im Ausschuss für Integrationsfragen behandelt werden würden. Eine Behandlung in beiden Gremien sei nicht notwendig.

2. Kenntnisnahme des Protokolls der Sitzung vom 24.09.2021

Es liegen keine Wortbeiträge vor.

Das Protokoll wird zur Kenntnis genommen.

3. Aktueller Sachstand zur Corona-Pandemie

Die Präsentation wird als Anlage beigefügt.

Frau Dr. Arbogast teilt mit, dass die Impfquote in den letzten Wochen sehr langsam steige und abzusehen sei, dass die Impfungen die neue Corona-Welle nicht brechen würden. Derzeit nehme das Klinikum täglich 2-3 neue Patienten mit Covid auf. Durch die Behandlung immer mehr jüngerer Menschen in Kliniken würde durch eine in der Regel längere Behandlungsdauer das klinische System stärker belastet. Die Kontaktnachverfolgung erfolge mit Einschränkungen. Nur die besonders vulnerablen Personengruppen würden telefonisch kontaktiert. Bei der Hospitalisierung sei in dieser Woche erstmals der Grenzwert für die Warnstufe 2 erreicht worden. Es sei aus diesem Grund zu erwarten, dass ab nächster Woche Mittwoch die Warnstufe 2 in Braunschweig gelte. 25 % der Infizierten seien Kinder. Die Stadt arbeite derzeit an einem strikteren Testkonzept für die Kindertagesstätten. Laut dem Land Niedersachsen sollen grundsätzlich keine Schülerinnen und Schüler mehr in Quarantäne. Bei einer positiv getesteten Person solle in den Schulen zukünftig ein erweitertes Testen erfolgen. Die Testangebote in der Stadt würden sich derzeit erweitern. Das Durchführen der Tests und der Hygienemaßnahmen werde von der Stadt kontrolliert. Für das Angebot zum Impfen in der Stadthalle seien aktuell die mobilen Impfteams zusammengezogen worden. In den Schlossarkaden würden Erstimpfungen durchgeführt werden. Bei den Impflieferungen seien nur 1/10 der bestellten Impfdosen angekommen. Die Gründe hierfür seien derzeit noch unklar. Die EMA habe heute einen Impfstoff für Kinder zugelassen. Eine Empfehlung der STIKO könne für Ende Dezember erwartet werden. Die alleinige Durchführung der Impfungen in Kinder- und Jugendarztpraxen, sei noch offen. Die Konzentration bei den Impfungen läge momentan auf den Erst- und Auffrischungsimpfungen.

Herr Stühmeier fragt, wie hoch die Anzahl der derzeitigen Testzentren sei und, ob eine Prognose für die Anzahl an zukünftigen Testzentren abgegeben werden könne.

Herr Klockgether antwortet, dass es derzeit ca. 70 Beauftragungsverträge gäbe, von denen jedoch nicht alle aktiv seien. Die Beauftragten könnten den Testbetrieb jedoch jederzeit wieder aufnehmen oder wieder hoch fahren. In der Präsentation sei die Anzahl an Beauftragten abgebildet, welche ihre Zahlen an die Stadt Braunschweig melden würden.

Herr Stühmeier stellt die Nachfrage, ob es geplant sei, neue Beauftragungsverträge abzu-

schließen, um Schlangen vor den Testzentren zu vermeiden.

Herr Klockgether teilt mit, dass bis 15.12.2021 neue Beauftragungen erteilt werden könnten und die Stadt Braunschweig auf Anträge warte.

Frau Köhler fragt, ob es abzusehen sei, dass wieder ein Landesimpfzentrum aufgebaut werde oder eine Online-Terminvergabe möglich werde.

Frau Dr. Arbogast sieht derzeit keine Hinweise dafür, dass wieder ein Landesimpfzentrum aufgebaut werden solle. Es sei jedoch geplant, die mobilen Impfteams in der Stadthalle aufzustocken und eventuell ein Terminmanagementsystem aufzubauen. Frau Dr. Arbogast erwarte, dass die Impfungen in der Stadthalle aufgrund von fehlendem Impfstoff für 1-2 Tage einzustellen sein werden. Entsprechend dem Kleeblattkonzept werde Niedersachsen 80 Patienten aus Bayern aufnehmen.

Herr Wendt bittet um eine Mitteilung über den Impfstatus der 12- bis 18-jährigen. Des Weiteren fragt er nach, wie die Verwaltung dazu stehe, dass derzeit in Braunschweig keine Schulen geschlossen werden sollen und, ob es geplant sei dieser Vorgabe vom Land zu folgen. Weiter fragt Herr Wendt ob die Stadtverwaltung zum Schutz seiner Mitarbeiter die 3G-Regelung für Besucher kontrollieren dürfe. Aufgrund des Angriffs eines Arztes im Impfbus fragt Herr Wendt, ob der Impfbus durch den ZOD geschützt werden könne.

Herr Gedrowitz bittet darum mitzuteilen wie sich die Aufnahme von Patienten aus Bayern auf die Hospitalisierungsrate in Braunschweig auswirken werde.

Herr Winckler fragt nach, ob es Zahlen über die Drittgeimpften gäbe. Er weist darauf hin, dass man in Israel schon 5 Monate nach der Zweitimpfung als ungeimpft gelte.

Frau Dr. Arbogast teilt mit, dass die Quote der Drittgeimpften erfasst werde. Es werde sich aufgrund der Empfehlung der STIKO und aus Kapazitätsgründen auf Drittimpfungen nach 6 Monaten konzentriert und sich derzeit an den Priorisierungen ähnlich wie zu Beginn der Impfkampagne orientiert. Sie gehe davon aus, dass die aus Bayern aufgenommen Patienten auch in die Hospitalisierungsrate einberechnet würden, da die Krankenhausbetten unabhängig von der Herkunft der Patienten belegt seien. Der aktuelle Impfstatus der 12- bis 18-jährigen sei nicht bekannt. Frau Dr. Arbogast teilt mit, dass sie Schulschließungen derzeit nicht als Option sehe, da neben dem Infektionsschutz auch das Kindeswohl zu beachten sei.

Herr Klockgether antwortet, dass im Zuge der Durchsetzung des Hausrechtes generell die Überprüfung der 3G-Regelung möglich sei. Der Zugang zu bestimmten Leistungen z. B. zur Existenzsicherung müsse jedoch gewährleistet sein. Das Durchsetzen einer Zugangsregelung werde derzeit geprüft. Herr Klockgether weist darauf hin, dass es sich bei dem ZOD nicht um einen Sicherheitsdienst handele. An der Impfstation im Schloss werde ein Sicherheitsdienst der Stadt und der Sicherheitsdienst der Schloss-Arkaden eingesetzt.

4. Mitteilungen

4.1. mündliche Mitteilungen

4.1.1. Runder Tisch Häusliche Gewalt: Präventionsprojekt Rosenstraße 76

Die Präsentation wird als Anlage beigefügt.

Herr Stühmeier fragt, ob bei dem Projekt ein Zimmer geplant sei, welches die häusliche Gewalt an Männern thematisiere.

Frau Lenz teilt mit, dass in der Rosenstraße der Fokus auf der Systematik der häuslichen Gewalt läge. Aus diesem Grund sei es nicht notwendig die häusliche Gewalt an Männern in

einem eigenen Zimmer zu thematisieren.

Frau Ohnesorge und Frau Köhler bitten darum schnellstmöglich einen Antrag für das Projekt bei der Politik einzureichen, damit die Förderung des Projekts in den Haushaltsplanungen bedacht werden könne.

Frau Köhler erkundigt sich, ob es ein kommunales Gebäude für die Durchführung des Projektes gebe.

Frau Lenz teilt mit, dass derzeit noch nach einer geeigneten Immobilie gesucht werde.

Frau Ihbe bittet ebenfalls um eine schnelle Beantragung und bittet um einen erneuten Zwischenbericht zu dem Projekt.

4.1.2. Bericht Altenhilfe und Pflegeplanung

Die Präsentation wird als Anlage beigefügt.

Frau Jalyschko weist darauf hin, dass die Stadtquartiersorientierung nur am Rande behandelt worden wäre und insgesamt noch viele Fragen offen geblieben wären. Insbesondere das Fazit sei sehr knapp ausgefallen. Sie merkt an, dass es hilfreich gewesen wäre, die Präsentation zur Vorbereitung vorab zur Verfügung gestellt zu bekommen.

Frau Dr. Arbogast teilt mit, dass der Bericht für die Ausschussmitglieder bereit läge und weist darauf hin, dass die Präsentation einen ersten Überblick geben sollte und einzelne Aspekte genauer in einzelnen Ausschusssitzung zu behandeln seien.

Frau Köhler fragt, wie mit den konkreten Ergebnissen aus dem Bericht umgegangen werden solle. Sie bittet um eine Konkretisierung der Maßnahmen und fragt, ob ein Einbezug der Wohlfahrtsverbände geplant sei.

Herr Schubert antwortet, dass es geplant sei, den Prozess gemeinsam mit dem AGW zu steuern. Zum Beispiel solle die Priorisierung gemeinsam erfolgen.

Frau Dr. Arbogast ergänzt, dass vor der heutigen Präsentation eine Besprechung mit dem AGW stattgefunden habe, bei welcher die Ergebnisse des Berichts präsentiert worden seien. Folgerichtig müsse als nächster Schritt geplant werden, wie mit den Ergebnissen umgegangen werde.

Frau Jaschinski-Gaus fragt nach, ob in dem Bericht die kultursensible Pflege beleuchtet worden sei.

Frau Distler antwortet, dass die kultursensible Pflege betrachtet wurde und die Ergebnisse in dem Bericht nachzulesen seien.

Herr Wendt bittet darum auch für die Ratsfraktionen ein Exemplar des Berichts zur Verfügung zu stellen.

Herr Schubert antwortet, dass Berichte für die Ratsfraktionen nachgereicht würden.

Frau Ihbe bittet darum die Thematik als regelmäßigen Tagesordnungspunkt bei den Ausschusssitzungen einzuplanen.

4.2. Gemeindepsychiatrisches Zentrum in Braunschweig

21-17271

Die Präsentation wird als Anlage beigefügt.

Frau Ihbe bittet darum die Finanzierung des GPZ näher zu erläutern.

Herr Klockgether teilt mit, dass eine Absichtserklärung des Landes vorläge die Finanzierung

des GPZ fortzuführen. Eine konkrete Zusage läge noch nicht vor.

Frau Ohnesorge fragt, ob die Mitteilung eine Aufforderung an die Politik sei, einen Antrag für die Finanzierung des Projekts zu stellen oder, ob es sich lediglich um eine Information handele.

Frau Dr. Arbogast teilt mit, dass es sich hierbei um eine Information handele, dass die Finanzierung des GPZ derzeit unklar sei.

Herr Dr. Piest fragt, ob bei einer ausfallenden Finanzierung durch das Land die Personalkosten reduziert werden könnten.

Herr Meyer antwortet, dass der Projektauftrag eine Aufstockung der Personenanzahl vorsehe. Es solle ein größerer Pool an Professionen in dem Projekt zusammengeführt werden.

Frau Ihbe bittet darum beim Land nachzufragen, ob die Finanzierung des GPZ weiterhin übernommen wird.

Frau Wolnik fragt, ob nur Notfälle durch das GPZ behandelt werden und wie lange Klienten begleitet werden.

Herr Meyer teilt mit, dass es das Ziel des GPZ sei, die Patienten im System unter zu bringen. Bei Notfällen würde das GPZ Kontakt mit den zuständigen Anbietern aufnehmen. Kann eine Übernahme des zuständigen Kooperationspartners nicht erfolgen oder möchte der Klient nicht an einen der Kooperationspartner übergeben werden, werde der Klient so lange vom sozialpsychiatrischen Dienst begleitet, bis dieser die Hilfe annehmen möchte oder übernommen werden könne.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

4.3. Sachstandsbericht Umsetzung des Ratsbeschlusses Bedarfsplan Nachbarschaftszentren 21-17292

Herr Stühmeier fragt, wo ab 1. Januar die Quartierszentren am Schwarzen Berg und in der Innenstadt eingerichtet werden.

Herr Schubert antwortet, dass im Schwarzen Berg ein Bürgerverein, im Bezirk Mitte Refugium und im südöstlichen Ringgebiet das DRK Zuschläge erhalten habe. Die Quartierszentren ließen parallel zu dem Bedarfsplan Nachbarschaftszentren. Der Gremienlauf zum Bedarfsplan sei für Mitte des Jahres geplant.

Frau Köhler und Frau Ohnesorge bitten darum die Leitlinien und die Bestandsaufnahme vorzustellen bzw. öffentlich bekannt zu machen.

Herr Schubert teilt mit, dass die Vorstellung der Leitlinien für die nächste Sitzung geplant sei.

5. Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

6. Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

Gez.
Ihbe

Gez.
Dr. Arbogast

Gez.
Meyer